



Große Anfrage

der Fraktion der FDP

Entwicklung der Alters- und Personalstruktur im Bereich der Landespolizei

Ich frage die Landesregierung:

A. Situationsbeschreibung

I. Demographische Entwicklung der Landespolizei

1. Wie hat sich die prozentuale Verteilung der Altersgruppen bei den Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 entwickelt, aufgeteilt in mittleren und gehobenen Dienst sowie in Altersstufen von
 - a. unter 25 Jahren,
 - b. 25-29 Jahren,
 - c. 30-34 Jahren,
 - d. 35-39 Jahren,
 - e. 40-44 Jahren,
 - f. 45-49 Jahren,
 - g. 50-54 Jahren und
 - h. ab 55 Jahren.

2. Wie wird sich die prozentuale Verteilung der Altersgruppen bei den Beschäftigten der Polizei jeweils in den Jahren 2008 bis 2020 voraussichtlich entwickeln, eventuell unter Zugrundelegung der Schülerentwicklung in Schleswig-Holstein, aufgeteilt in mittleren und gehobenen Dienst sowie in Altersstufen von
 - a. unter 25 Jahren,
 - b. 25-29 Jahren,
 - c. 30-34 Jahren,
 - d. 35-39 Jahren,
 - e. 40-44 Jahren,
 - f. 45-49 Jahren,
 - g. 50-54 Jahren und
 - h. ab 55 Jahren.

3. Welches sind nach Auffassung der Landesregierung die Ursachen für die in Frage 1. und 2. angesprochenen Entwicklungen? Wie beurteilt die Landesregierung diese Entwicklungen und welche Schlüsse zieht sie ggf. hieraus? Ergibt sich aufgrund der demographischen Entwicklung Handlungsbedarf?

4. Hat eine zunehmende Alterung des Polizeipersonalkörpers nach Auffassung der Landesregierung negative Auswirkungen auf die Polizeiarbeit und in welcher Form?

II. Entwicklung der Planstellen und Stellen

1. Wie haben sich die Planstellen/Stellen und die z.A.-Stellen im Polizeivollzugsdienst jeweils in den Jahren 1983 bis 2007 entwickelt? Welches sind die Gründe für diese Entwicklung und wie werden sie durch die Landesregierung bewertet?
2. Wie haben sich die Planstellen/Stellen für Anwärterinnen und Anwärter im Polizeivollzugsdienst jeweils in den Jahren 1983 bis 2007 entwickelt? Welches sind die Gründe für diese Entwicklung und wie werden sie durch die Landesregierung bewertet?
3. Wie viele der aktuellen z.A.-Stellen sind kw gestellt und bis wann wird der Wegfall tatsächlich eintreten?
4. Wie prognostiziert die Landesregierung die Entwicklung der Planstellen und der z.A.-Stellen unter Berücksichtigung der kw-Stellen jeweils in den Jahren 2008 bis 2020?
5. Wie haben sich die Stellen für Tarifbeschäftigte jeweils in den Jahren 1983-2007 entwickelt, welches sind die Gründe für diese Entwicklung und wie wird sie durch die Landesregierung bewertet?
6. Wie prognostiziert die Landesregierung die Entwicklung der Stellen für Tarifbeschäftigte jeweils in den Jahren 2008-2020?
7. Wie viele Abgänge von Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten hat es jeweils in den Jahren 1986 bis 2006 gegeben und wie viele hiervon
 - a) durch Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze,
 - b) durch Eintritt in den Ruhestand wegen Altersgrenze mit geändertem Abgangsverhalten
 - aa. Verlängerung der Lebensarbeitszeit,
 - bb. aufgrund persönlicher Gründe,
 - cc. aufgrund dienstlicher Gründe,
 - c) durch Verlust der Polizeidienst- oder Beamtendienstfähigkeit,
 - d) auf eigenen Antrag,
 - e) durch Kündigung/Entfernung aus dem Dienst,
 - f) durch sonstige Gründe (z.B. Versetzung nach § 123 BRRG, Tod)?
8. Wie prognostiziert die Landesregierung die Zahl der Abgänge von Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten jeweils in den Jahren 2007-2020 und wie viele hiervon nach Wissen bzw. nach Verwaltungserfahrung
 - a) durch Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze,
 - b) durch Eintritt in den Ruhestand wegen Altersgrenze mit geändertem Abgangsverhalten (Verlängerung der Lebensarbeitszeit),
 - c) durch Verlust der Polizeidienst- oder Beamtendienstfähigkeit,
 - d) auf eigenen Antrag,
 - e) durch Kündigung,

- f) durch sonstige Gründe?
9. Wie viele Einstellungen hat es für den Polizeivollzugsdienst – getrennt nach mittlerem sowie nach gehobenem Dienst - jeweils in den Jahren 1998-2006 gegeben und wie viele Stellen wurden hiervon tatsächlich besetzt bzw. wie viele Auszubildende haben – getrennt nach mittlerem sowie nach gehobenem Dienst - in diesem Zeitraum jeweils
- wegen eigener Kündigung,
 - wegen nicht vorhandener persönlicher oder fachlicher Eignung (Gesundheit, Verfehlen der Ausbildungsziele, etc.)

die Ausbildung nicht beendet?

10. Welche Einstellungszahlen hatte die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1998 bis 2006 vorgesehen? Wie erklärt die Landesregierung ggf. die Abweichungen von der tatsächlichen Anzahl der Einstellungen?
11. Wie prognostiziert die Landesregierung die Entwicklung der Anzahl der Einstellungen jeweils in den Jahren 2007 bis 2020? Mit welchen prozentualen Ausfällen der Auszubildenden, die ihre Ausbildung vorzeitig beenden, wird dabei jeweils gerechnet und werden die nach Verwaltungserfahrung jährlich eintretenden Abbrüche durch Mehreinstellungen sofort oder später aufgefangen?

III. Vereinbarkeit Polizeiberuf und Familie

1. Wie hat sich der Anteil von Polizeivollzugsbeamtinnen jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 entwickelt (in Prozent und in absoluten Stellen) aufgeteilt nach den jeweiligen Besoldungsstufen?
2. Wie hat sich der Anteil der Anwärterinnen für den Polizeivollzugsdienst bei den Einstellungen jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 entwickelt?
3. Welche Beschäftigungsverbote oder Verwendungseinschränkungen gibt es, die im Polizeivollzugsdienst typischerweise oder ausschließlich auf weibliche Beschäftigte zutreffen?
4. Welche durchschnittlichen Ausfallzeiten und/oder Verwendungseinschränkungen entstehen bei Polizeivollzugsbeamtinnen aufgrund von Schwangerschaft und in welchem Lebensalter fallen diese üblicherweise an?
5. Wie hoch ist die durchschnittliche Kinderanzahl pro Polizeivollzugsbeamtin?
6. Wie hoch ist die Anzahl der Polizeivollzugsbeamtinnen, die sich jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 im Mutterschutz befanden?
7. Wie viele Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamte haben jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 Elternzeit in Anspruch genommen aufgeteilt nach

- a. weiblichen Polizeibeamten und
- b. männlichen Polizeibeamten

und in welchem Umfang (in Arbeitstagen) fiel jeweils pro Jahr Elternzeit an?

8. Wie prognostiziert die Landesregierung die Anzahl der Polizistinnen die jeweils in den Jahren 2008 bis 2020 in den Mutterschutz gehen werden?
9. Wie prognostiziert die Landesregierung die Anzahl der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die jeweils in den Jahren 2008 bis 2020 Elternzeit in Anspruch nehmen werden und in welchem Umfang (in Arbeitstagen) wird nach Verwaltungserfahrung voraussichtlich jeweils pro Jahr Elternzeit anfallen?
10. Wie hoch ist der Anteil der Mütter und der Anteil der Väter, die in den Jahren 1998-2007 im Anschluss an eine Geburt Teilzeit - mit oder ohne Elternzeit - in Anspruch genommen haben; welcher durchschnittliche Wert an Teilzeit fiel hierbei an und wie prognostiziert die Landesregierung diese Entwicklung jeweils in den Jahren 2008 bis 2020?
11. Wie wirken sich die Ausfallzeiten und/oder Verwendungseinschränkungen aufgrund von Schwangerschaft sowie Eltern- als auch Teilzeit auf die Einsatzfähigkeit der Einsatzhundertschaften und den Schicht- bzw. Wechselschichtdienst aus?
12. Wie viel Prozent der Polizeivollzugsbeamtinnen befinden sich während der Erstverwendung in einer Altersstufe von
 - a. bis 24 Jahren,
 - b. 25 bis 30 Jahren,
 - c. 31 bis 36 Jahren?
13. Wie viel Prozent der Polizeivollzugsbeamtinnen erreichen während der Zeit in der 1. Einsatzhundertschaft eine Altersstufe von
 - a. 25-27 Jahren,
 - b. 28-33 Jahren,
 - c. 34-39 Jahren?
14. Wie viel Prozent der Polizeivollzugsbeamtinnen nehmen üblicherweise den Schicht- und Wechselschichtdienst in einem Alter von
 - a. bis 26 Jahren,
 - b. 27-32 Jahren,
 - c. 33-38 Jahren,
 - d. 39 und darüber auf?

IV. Altersstruktur der Täter/ Tatverdächtigen

1. Wie hat sich die allgemeine Altersstruktur der Tatverdächtigenbelastungszahlen in den Jahren ab 1998 entwickelt, aufgeteilt nach
 - c. Kindern,
 - d. Jugendlichen
 - e. Heranwachsenden und
 - f. Erwachsenen?

2. Wie hat sich die Altersstruktur der Tatverdächtigenbelastungszahlen bei Körperverletzungen in den Jahren ab 1998 bis 2007 entwickelt, aufgeteilt nach
 - a. Jugendlichen
 - b. Heranwachsenden und
 - c. Erwachsenen?

3. Wie hat sich das Verhältnis dieser Altersstrukturen (aus Frage 2.) im Vergleich zur Entwicklung der Altersstruktur der Polizei in den Jahren 1998 bis 2007 entwickelt, wie prognostiziert die Landesregierung diese Entwicklung bis zum Jahr 2020 und welche Maßnahmen hält die Landesregierung ggf. für angezeigt um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

V. Spezielle Dienste der Polizei

1. Verkehr
 - a. Welche besonderen Anforderungen sind durch den Einsatz bei Verkehrsunfällen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gegeben?

 - b. Welche Auswirkungen wird die demographische Entwicklung der Gesellschaft nach Auffassung der Landesregierung auf die Häufigkeit der Unfälle im Straßenverkehr haben?

 - c. Welche Auswirkungen wird die demographische Entwicklung der Gesellschaft nach Auffassung der Landesregierung auf die Unfallfolgen (höhere Verletzungsrisiken) haben?

 - d. Wie beurteilt die Landesregierung diese Entwicklungen in Hinblick auf die Bindung der polizeilichen Einsatzkräfte beispielsweise durch eine erhöhte Anzahl von Verkehrsunfällen mit schwerwiegenden Folgen?

 - e. Welche Auswirkungen könnte eine zunehmende Alterung des Polizeipersonalkörpers auf diese Entwicklung haben und welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung ggf.?

2. Schichtdienst und Wechselschichtdienst

- a. Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte leisten in Schleswig-Holstein
 - aa. Schichtdienst und
 - bb. Wechselschichtdienst?
- b. Welche besonderen Belastungen sind für Polizeibeamte im
 - aa. Schichtdienst,
 - bb. Wechselschichtdienstgegeben?
- c. Wie viele Nachtstunden leisten regelmäßig die Polizeibeamtinnen und -beamten im Durchschnitt eines Monats im
 - aa. Schichtdienst,
 - bb. Wechselschichtdienst ab?
- d. Wie hoch ist die durchschnittliche Zahl der Mehrarbeits-/Überstunden für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte
 - aa. im Schichtdienst,
 - bb. im Wechselschichtdienst,
 - cc. im Tagesdienst,
 - dd. im Rahmen von Tätigkeiten jeweils bei der 1. Einsatzhundertschaft, MEK und SEK?
- e. Gibt es Vorgaben für Höchstaltersgrenzen für den Schichtdienst oder Wechselschichtdienst und welche Höchstaltersgrenzen sind dort ggf. angeführt?
- f. Werden ggf. diese Vorgaben zu den Höchstaltersgrenzen heute konsequent eingehalten?
- g. Welche Auswirkungen wird die demographische Entwicklung der Polizei für den Einsatz im Schichtdienst und Wechselschichtdienst haben und welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung ggf.?

3. Sondereinsatzkommando (SEK), Mobiles Einsatzkommando (MEK) sowie 1. Einsatzhundertschaft und der Zivilen Streifenkommando (ZSK)

- a. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind jeweils in den Teileinheiten

- aa. SEK,
- bb. MEK,
- cc. 1. Einsatzhundertschaft und
- dd. ZSK

der Polizei ständig beschäftigt und wie viele Planstellen sind für die jeweiligen Teileinheiten vorgesehen?

- b. Welche besonderen Belastungen sind für Polizeibeamtinnen und -beamte in den Teileinheiten SEK, MEK sowie Einsatzhundertschaft und ZSK gegeben und welche physischen Voraussetzungen müssen hierfür jeweils erfüllt werden?
- c. Wie hoch ist das jeweilige durchschnittliche Eintrittsalter von Polizeibeamtinnen und -beamten jeweils in den Teileinheiten

- aa. SEK,
- bb. MEK,
- cc. 1. Einsatzhundertschaft und
- dd. ZSK

jeweils in den Jahren 1998-2007 gewesen?

- d. Wie hoch ist die durchschnittliche Verweildauer von Polizeibeamtinnen und -beamten jeweils in den Teileinheiten

- aa. SEK,
- bb. MEK,
- cc. 1. Einsatzhundertschaft und
- dd. ZSK

jeweils in den Jahren 1998-2007 gewesen?

- e. Bis zu welchem Lebensalter ist der übliche durchschnittliche Verbleib jeweils in den Teileinheiten

- aa. SEK,
- bb. MEK,
- cc. 1. Einsatzhundertschaft und
- dd. ZSK

jeweils in den Jahren 1998-2007 gewesen?

- f. Wie hoch ist die Anzahl der Bewerbungen für die Teileinheiten, aufgeteilt nach Geschlecht und jeweils für

- aa. SEK,
- bb. MEK,
- cc. 1. Einsatzhundertschaft und
- dd. ZSK

- jeweils in den Jahren 1998-2007 gewesen?
- g. Wie fällt der Vergleich Soll- zu Ist-Stärke jeweils in den Jahren 1998 bis 2007, jeweils in den Teileinheiten
- aa. SEK,
 - bb. MEK,
 - cc. 1. Einsatzhundertschaft und
 - dd. ZSK
- aus?
- h. Wie wird sich die demographische Entwicklung der Polizei nach Auffassung der Landesregierung jeweils auf die Teileinheiten SEK, MEK sowie ZSK und Einsatzhundertschaft auswirken und welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung ggf.?
5. Wie hat sich die prozentuale Verteilung der Altersgruppen bei den Beamtinnen und Beamten speziell in der Wasserschutzpolizei jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 entwickelt, aufgeteilt in mittleren und gehobenen Dienst, sowie in Altersstufen von
- a. unter 25 Jahren,
 - b. 25-29 Jahren,
 - c. 30-34 Jahren,
 - d. 35-39 Jahren,
 - e. 40-44 Jahren,
 - f. 45-49 Jahren,
 - g. 50-54 Jahren und
 - h. ab 55 Jahren?
6. Wie ist das Verhältnis innerhalb der Wasserschutzpolizeibeamten (Herkunft) von Seeleuten (Berufsschiffahrt), Soldaten (Marine), und Polizeibeamten (Schutzpolizei) und wie hat es sich seit 1998 bis 2007 jeweils entwickelt?
7. Wie viele Abgänge (Kündigungen) in die freie Wirtschaft bzw. zu anderen Behörden gab es speziell bei der WSP jeweils in den Jahren 1998 bis 2007
- a. aus der Stammebelegschaft
 - b. aus den Anwärterinnen und Anwärtern / Auszubildenden?
6. Wie erklärt sich die Landesregierung diese Entwicklung bei der WSP und was wird sie ggf. dagegen unternehmen?

VI. Gesundheit, physische Anforderungen

1. Werden Polizeikräfte, die die Polizeidienstfähigkeit verloren haben, weiter im Bereich der Landespolizei oder in anderen Bereichen eingesetzt und wenn ja, in welchen Funktionen?
2. Aus welchen Gründen aufgeteilt nach
 - a. Dienstunfällen,
 - b. qualifizierten Dienstunfällen,
 - c. Krankheiten, sonstigen Gründen

wurden wie viele Polizeibeamte jeweils in den Jahren 1998 bis Juni 2007 polizeidienstunfähig?

3. In wie vielen dieser Fälle wurden die jeweiligen Polizeivollzugskräfte in den vorzeitigen Ruhestand versetzt oder weiter in der Verwaltung beschäftigt?
4. Wie hat sich die Altersstruktur (durchschnittliches Lebensalter) der in den vorzeitigen Ruhestand versetzten oder in der Verwaltung weiter verwendeten Polizeibeamtinnen und –beamten jeweils in den Jahren 1998 bis Juni 2007 dargestellt?
5. Ist die Zahl der Zuruhesetzungen mit fehlender Anschlussverwendungen ggf. auch Folge fehlender Planstellen im Verwaltungsdienst der Polizei und falls ja, was beabsichtigt die Landesregierung gemäß des Mottos „Rehabilitation statt Versorgung“ dagegen zu tun?
6. Wie viele Befreiungen von Wechselschicht- und Schichtdienst aus medizinischen Gründen hat es jeweils in den Jahren von 1998-2007 gegeben und welches Durchschnittsalter hatte jeweils diese Personengruppe?
7. Wie viele Polizeibeamte waren jeweils in den Jahren 1998 bis 2007 eingeschränkt polizeidienstfähig? Welches war in den jeweiligen Jahren das Durchschnittsalter dieser Beamtinnen und Beamten und in welchen Bereichen wurden sie ggf. weiter verwendet?
8. Sieht die Landesregierung ggf. Bedarf auf die in den Fragen 1.- 5. angesprochenen Entwicklungen zu reagieren und wenn ja, durch welche Maßnahmen?

VII. Ausblick

1. Welche sind die Auswirkungen der demographischen Entwicklung im polizeilichen Vollzugsdienst auf deren Aufgabenwahrnehmung?
2. Welche einzelnen Maßnahmenschritte (gesetzgeberischer Art, etc.) plant die Landesregierung ggf. kurz-, mittel- und langfristig, um einer zunehmenden Überalterung des Polizeipersonalkörpers entgegen zu wirken?

Wolfgang Kubicki
und Fraktion